

TAGESZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

# Lübecker Volksbote

Nummer 176.

Montag, 31. Juli 1922.

29. Jahrgang.

## Ein Dollar = 600.

### Proletarier, ziehe den Schmachtriemen enger!

Dr. L. Lübeck, 31. Juli.

An der Sonnabendbörse kletterte der Dollar über 600 hinaus; vorübergehend stand er gar auf 625.

Selbst in den schlimmsten Börsentagen nach der Ermordung Rathenaus hatte die Mark keinen derartigen Tiefstand erreicht. Und Aussicht auf Besserung besteht kaum.

Die gegenwärtige Katastrophe des deutschen Geldes unterscheidet sich grundsätzlich von dem Marksturz nach dem Rathenauverbrechen: damals begann die Panikstimmung an den deutschen Börsenplätzen. Die fremden Börsen aber folgten nur langsam und zögernd. Sie bremsten und stoppten, und bald ebte der Absturz ab und die Mark erholte sich. Diesmal verläuft die ganze Bewegung umgekehrt. Die ausländischen Börsen haben die Führung; ausländische Banken stoßen in großen Mengen deutsches Geld ab.

Welches ist der Beweggrund dieser Maßnahmen? Innerpolitisch ist Deutschland zweifellos bedeutend fester und ruhiger als vor wenigen Wochen. Die bayrische Auflehnung wird nach jedermanns Auffassung sicher wie das Hornberger Schießen verlaufen. Die feste Haltung der Reichsregierung hat auf München, aber auch auf das übrige Deutschland, ihre Wirkung nicht verfehlt.

Andere Gründe müssen es also sein, die bei den großen Weltfinanzleuten das Vertrauen zu Deutschlands Zahlungskraft erschüttert haben.

Wirtschaftliche Gründe kommen kaum in Frage. Denn die deutsche Handelsbilanz hat sich in der letzten Zeit nach den Zahlen des Statistischen Amtes leicht verbessert; die deutsche Industrie ist nach wie vor stark beschäftigt; und die Zunahme der Devisen mußte den deutschen Export, der schon abzusinken begann, aufs neue antreiben.

Gilt das gleiche auch für die deutsche Zahlungsbilanz? Der Hauptinhalt der Zahlungsbilanz ist allerdings bedingt nach dem Außenhandel. Aber in ihr wirken sich auch die großen Geldsummen aus, die auf Konto Reparation Deutschland abgezahlt werden.

Und hier, bei diesem Konto, liegt in der Tat der Schlüssel zum Verständnis für das neueste Sinken des deutschen Geldes. Deutschland muß immer wieder große Summen an die Entente abführen. Es hat aber die Dollars, Pfund, Franken usw., die es dazu braucht, nicht in seinem Besitz. Diese Geldsorten müssen deshalb überall und zu jedem Preise gekauft werden. Starke Nachfrage hat naturgemäß tolle Kurssteigerungen zur Folge. Die deutsche Mark muß sinken.

So stehen die deutschen Zahlungsverpflichtungen wieder im Mittelpunkt des Weltinteresses. Das von Deutschland verlangte Moratorium ist heute noch nicht bewilligt. Die Frage der Monatsraten, unsere Hauptverpflichtung, ist noch immer ungelöst. Dazu kam nun in den letzten Tagen der unfinnige französische Bescheid in der Frage der Ausgleichsraten.

Diese Ausgleichsraten sind der deutschen Regierung in Höhe von zwei Millionen Pfund (fast 40 Millionen Goldmark) auferlegt worden, zum Ausgleich für private deutsche Verbindlichkeiten an Ententeangehörige. Diese zwei Millionen Pfund gelten als Nebenleistung; sie kommen aber zu den drei Millionen der eigentlichen Reparationsrate und erhöhen so den deutschen Devisenbedarf auf rund 100 Millionen Goldmark.

Solange die deutsche Finanzkraft unter dieser Riesenschuld leidet, ist an eine Gesundung des deutschen Geldes nicht zu denken. Und solange auch wird die Geißel der deutschen Hunger- und Schleuderkonkurrenz auf den Rücken aller Industrieländer der Welt niedersinken. Nach der letzten Antwortnote des fanatischen Flagellantens Poincaré ist vorläufig wenig Hoffnung auf französische Einsicht.

Aufs neue wird sich das deutsche Volk auf eine Zeit steigender Teuerung einstellen müssen. Aufs neue werden alle Preise gewaltig steigen — vielleicht um fünfzig, vielleicht um hundert Prozent.

Die Zeiten werden also wieder gut — für Schieber und Spekulanten. Die Millionen werden sich wieder anammeln in den sinkenden Geldsäcken der Schmaroger am Volke. Luxus und Verschwendungssucht werden sich wieder breitmachen in den Schlemmerstätten des Reichtums. Und auch der Patriotismus wird dabei nicht zu kurz kommen! Die Berater für Steuerhinterziehung aber werden besser besucht sein als Fleischerläden.

Und das Volk? Es ist ja so geduldig und so dumm! Woche für Woche verschwindet ein Teil seiner Arbeitslöhne, ein Teil seiner Kaufkraft. Wohin? Eben in die Geldsäcke des Kapitals, des Schieber- und Spekulantentums. Dort verwandelt es sich in Luxusartikel, in Schlemmerei, Völlerei, Verschwendung aller Art. Das Volk aber hungert! Statt Weizen werden französische Weine und Liköre eingeführt! Statt Wäsche und Kleidung für das Volk erscheinen Luxusartikel aus Samt und Seide in den Schaufenstern. Und doppelt so oft als sonst erklingen die rührenden Klänge des „Heil Dir im Siegerkranz“.

Das alles werden die Folgen des neuen Marksturzes sein. Es sei zugegeben, daß vieles ganz und gar zwangsläufig ist. Aber manches ließe sich durch zielbewußteres Vorgehen der Gesetzgebung doch verhindern, besonders die unanständige Profitgier und Steuerscheu des Schieberkapitals.

Aber auch das gesündere Kapital hat sein gehörig Teil Schuld. Selten oder nie hat es Einsicht für die wirtschaftliche Not der besten Quelle seines Reichtums, der Arbeiter! Durch eine kleinliche und kurzfristige Geld- und Profitgier läßt es sich oft zu Starrsinnigkeit verleiten, die die Arbeiter verbittern müssen, die Allgemeinheit schädigen und ihm selbst nur Verluste bringen. Siehe Hochosenwerk!

ursprünglichen deutschen Volksvermögens. Das sind Leistungen, die uns bisher kein Land nachgemacht hat und die in Anbetracht der innerpolitischen Verhältnisse mehr denn je eine weitgehende Berücksichtigung bei weiteren Forderungen verlangen.

Die Erfüllung unserer Verpflichtungen, die wir ehrlich wünschen, ist nur dann möglich, wenn Deutschland einen Kreditgeber findet. Das sind Tatsachen, die die Reichsregierung bei ihrer Entscheidung berücksichtigen muß. Es wird ihre Pflicht sein, Frankreich auf diese Dinge in breiterer Ausführlichkeit hinzuweisen und insbesondere zu zeigen, in welcher Lage sich heute das deutsche Volk befindet und in welcher Lage es kommen muß, wenn sie ohne Widerspruch alles das hinnimmt, was französische Unvernunft von uns verlangt. Der angebliche Wohlstand Deutschlands, auf den Frankreich seine Forderungen basieren läßt, kennzeichnet sich dadurch, daß gegenüber der Vorkriegszeit der Fleischverbrauch auf noch nicht 50 %, der Brotgetreideverbrauch auf 76 % herabgegangen ist. Rund eine Million Wohnungen fehlen der Bevölkerung. Ihr Verbrauch an Kleidung, Wäsche usw. ist tief herabgedrückt. Die kulturellen Einrichtungen brechen zusammen; die Städte sind kaum noch in der Lage, ihre Einrichtungen der Gesundheitspflege aufrecht zu erhalten. Wertvolle wissenschaftliche Institute werden in zunehmender Zahl geschlossen. Die allgemeine wirtschaftliche Unsicherheit lastet auf allen Kreisen des Volkes, jedoch die politische Stimmung bedrückt und teilweise geradezu verbittert ist. Im Zusammenhang hiermit ist zu erwähnen, daß das normale Arbeitseinkommen der Kaufkraft nach annähernd auf die Hälfte des Vorkriegseinkommens gesunken ist, und daß mit der Arbeitererschaft alle diejenigen ruiniert sind, deren Einkommen auf festen Renteneinnahmen beruht. Frankreichs Politik der Unvernunft hat nicht nur die deutsche Wirtschaft dem endgültigen Ruin

nähergebracht, sondern auch einen großen Teil des Mittelstandes ruiniert, d. h. also derjenigen Schicht, die durch qualifizierte Bedürfnisse für den Weltmarkt von erheblicher Bedeutung ist und die allem bisher der wichtigste Träger des zivilisierten Fortschrittes war. Endlich muß mit dieser Politik Halt gemacht werden, wenn wir nicht den österreichischen, oder gar russischen Verhältnissen gleichkommen wollen. Letzten Endes ist nicht zu vergessen, daß die Frage der Ausgleichszahlungen nur im Zusammenhang mit dem Reparationsproblem zu lösen ist.

Deutschland hat mehrfach erklärt, daß es nicht daran denkt, sich seinen Verpflichtungen auch nur irgendwie zu entziehen. Aus diesen Gründen braucht die Antwort der Reichsregierung keinen positiven ablehnenden Charakter zu besitzen. Sie wird aufs neue u. a. Deutschlands guten Willen hervorheben und in ihrer Schlußfolgerung darauf abzielen müssen, daß Deutschlands Zahlungsfähigkeit für äußere Schuld erst eintreten kann, wenn die Abnahmefähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt sich vergrößert, Deutschland genügend Rohstoffe, insbesondere Brennstoffmaterialien erhält und die innere Kaufkraft durch eine langfristige Atempause während der keinerlei Geldwertverwertung mehr eintritt wieder hergestellt wird.

## Der Konflikt mit Bayern.

Der „Soz. Parlamentsdienst“ schreibt:

Die aus München vorliegenden Pressemeldungen sind außer optimistisch gehalten und erwecken den Eindruck, daß der Konflikt zwischen dem Reich und Bayern bald aus der Welt geschafft ist. Wir würden es nur begrüßen, wenn die kommenden Tage eine entsprechende Befriedigung bringen würden. Augenblicklich sind wir auf Grund unserer aus zuverlässiger Quelle stammenden Information nicht in der Lage, den von München aus verbreiteten Optimismus ohne weiteres anzuerkennen. Es scheint zurzeit noch sehr zweifelhaft, daß die Bayerische Volkspartei gemäß dem Wunsch des Reichspräsidenten und der Reichsregierung einer Aufhebung der bayrischen Notverordnung zustimmen wird. Hierfür werden die verschiedensten Gründe angeführt, die nicht im geringsten stichhaltig sind und auf die einzugehen deshalb nicht verlohnt. Juristisch würde sich bei einer ablehnenden Haltung der bayrischen Regierung die Entwicklung der Angelegenheit folgendermaßen gestalten:

Der Reichspräsident, der bisher den bayrischen Ministerpräsidenten in einem persönlichen Schreiben um die Aufhebung der Verordnung gebeten hat, wird zunächst auf Grund des § 48 der Reichsverfassung die Aufhebung der Notverordnung durch die bayrische Regierung verlangen. Kommt Bayern diesem Verlangen nicht nach, dann wäre der nächste Schritt die Annahme des in der Reichsverfassung vorgesehenen Staatsgerichtshofes. Der Staatsgerichtshof hat aber nicht die Rechtsmäßigkeit der bayrischen Verordnung zu prüfen, sondern festzustellen, daß der Reichspräsident auf Grund der Reichsverfassung die Aufhebung der bayrischen Notverordnung verlangt hat, daß diesem Verlangen entsprochen und daher die Verordnung aufgehoben werden muß. Der Vollzug dieser Entscheidung des Staatsgerichtshofes liegt beim Reichspräsidenten, der also erst nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofes die Verordnung der bayrischen Regierung aufheben wird.

## Zum 11. August.

Der 11. August, der Tag der Annahme der Weimarer Reichsverfassung, steht bevor! Angesichts des wütenden Ansturms der Monarchisten gegen die Republik hat dieser Tag für die republikanische Bevölkerung gerade in diesem Jahr besondere Bedeutung. Der Zentralbildungsausschuß fordert daher im Einverständnis mit dem Parteivorstand die Organisation und Bildungsausschüsse unserer Partei auf, an diesem Tage eine würdige Kundgebung für die Republik und die Reichsverfassung zu veranstalten. Da der Tag noch kein gesetzlicher Feiertag ist, kommt in der Hauptsache eine Veranstaltung in den späten Nachmittags- oder Abendstunden in Form einer republikanischen Verfassungsfeier oder einer Festversammlung in Betracht. Angesichts der Kürze der Zeit muß sofort an die Vorbereitung der Veranstaltung gegangen werden. Der Zentralbildungsausschuß gibt zu diesem Zweck ein Programmheft heraus, das eine ausführliche Vertragsdisposition des Genossen Stampfer über die Bedeutung des 11. August für die Arbeiterklasse enthält, außerdem einige Festgedichte sowie Vorschläge für eine einfache aber würdige, der Bedeutung des Tages Rechnung tragende Feier. Das Heft ist zum Preise von 3 Mark durch den Zentralbildungsausschuß Lindenstraße 3 zu beziehen.

## Um die Reparation.

SPD. Berlin, 30. Juli.

Die ablehnende Antwort der französischen Regierung auf das Gesuch des deutschen Kabinetts, die Ausgleichszahlungen auf 1/2 Million Goldmark monatlich herabzusetzen, ist ein neues Produkt der Unvernunft, das nicht nur Deutschland, sondern der gesamten europäischen Wirtschaft schadet. Frankreichs Antwort wird ihr Notwendiges dazu beitragen, daß die Kaufkraft Deutschlands für Goldwechsel sich in rasender Geschwindigkeit ihrem völligen Ende nähert. Wie lange wollen die Alliierten diesem Zustand noch tatenlos zusehen? Die Verantwortung für die katastrophale Entwicklung lastet nicht allein auf denjenigen, die in Unvernunft geboren sind und in Unvernunft sterben werden, sondern auch auf jenen, die das Treiben der Katastrophepolitik weiter ungehindert geschehen lassen.

Das Reichskabinett hat sich am Sonnabend mit der französischen Antwort beschäftigt und wird am Montag seine Beratungen über die an Frankreich zu richtende Antwort fortsetzen. Noch steht also die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung der französischen Forderungen aus, aber darüber wird auch innerhalb der Reichsregierung kein Zweifel bestehen, daß die Annahme zu einer Selbstzerstörung der deutschen Wirtschaft und zu einer Verminderung unserer gesamten Erfüllungspolitik werden muß. Deutschland hat in Erfüllung des Friedensvertrages bisher an Waren und Schiffen insgesamt Werte von 45 Milliarden Goldmark abgeliefert. Zählt man den Goldwert der Gebietsverluste und den Wert der verlorenen Kolonien hinzu, so ergibt sich eine Summe von noch als 100 Milliarden Goldmark, also fast ein Drittel des

# Der Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre.

Die Anklagerede.

Moskau, 29. Juli.

In dem Prozeß gegen die Führer der sozialrevolutionären Partei ergriff der Vertreter der Staatsanklage Lunatscharski das Wort und führte aus, daß die Sowjetregierung zu Beginn ihrer Herrschaft im Kampfe mit dem weißen Schrecken wohl zum direkten Terror gegriffen habe, daß aber jetzt der Terror an den Grenzen des proletarischen Gerichts aufhöre. Es sei der Sowjetregierung sehr willkommen, daß in diesem Prozeß alle Einzelheiten über das hochverräterische Treiben der Sozialrevolutionäre aufgedeckt worden seien. Die Sowjetregierung begrüße das, denn das würde die notwendige Aufklärung in die Reihen der heute noch beiseite stehenden parteilosen Arbeiter und des internationalen Proletariats tragen, das durch die Lügen der zweiten Internationale fortwährend gegen die Räteregierung Rußlands angehetzt wird. In dem Prozeß habe sich erwiesen, daß die Sozialrevolutionäre bis heute ihren Haß gegen die Sowjetregierung nicht aufgegeben hätten. Die Sowjetregierung wisse genau, daß diese Verbrecher am russischen Proletariat jetzt wie früher jede äußere Schwierigkeit, die sich aus der internationalen Lage der Sowjetregierung ergeben könnte, in ihrem Partei-Interesse auszunutzen würden, da sie tief in der bürgerlichen Ideologie verurzelt sind. Daher habe diese Partei keinen Anspruch auf Gnade, sondern sie verdiene den Tod, ja, sie liege bereits in den letzten Stufen. Die Sowjetregierung habe vor dem Weltproletariat die Pflicht, diesen Tod zu beschleunigen, und die Kommunisten aller Länder erwarteten, daß das Moskauer Revolutions-Tribunal diesen Erfordernissen Rechnung trage und keine Gnade walten lasse.

# Lösung der italienischen Krise.

## Die Sozialisten regierungsbereit.

Rom, 29. Juli.

Die Sozialisten haben sich bereit erklärt, an der Neubildung des Ministeriums teilzunehmen. Damit ist eine neue Grundlage für die Lösung der Krise gegeben. Demgemäß hat der König heute vormittag die Verhandlungen mit den Präsidenten der Kammer und des Senats, de Nicola und Tittoni, wieder aufgenommen. In parlamentarischen Kreisen verläuft, daß auch sozialistische Abgeordnete vom König zur Beirathung der Lage berufen werden würden.

Rom, 29. Juli.

Da die demokratischen Gruppen sich auf ein Aktionsprogramm verständigt haben, dürfte die Krise vor der Entscheidung stehen. Das Ministerium des Innern hat zur Unterdrückung der faschistischen Unruhen in Romagna die Zusammenkunft aller darin nicht zugehörigen Parteien verboten und die Städte Ravenna, Rimini und Faenza mit hartem Polizeiaufgebot versehen und mit Militär besetzt. Der Präsident der Kammer ist des Amtes entsetzt worden. Die Ruhe wurde wiederhergestellt.

# Generalfest in Rom.

Rom, 29. Juli.

In Rom ist heute der Generalfest erklärt worden. Die Straßenkämpfe verkehren und die Festungen erscheinen noch. Im Zoologischen Garten fand eine Massenversammlung statt.

# Griechenland wieder kriegslustig?

Die griechische Regierung scheint schon wieder Lust zu einem neuen Kriege gegen die Türkei zu verspüren. Sie hat in London eine Note überreichen lassen, in der sie zum Ausbruch bringt, daß sie nicht mehr länger dem Stande der Dinge in Kleinasien untätig zusehen könne. Telegramme berichten, daß sich die griechische Regierung mit dem Plan eines Angriffs auf Konstantinopel trage. England und Frankreich warnen Griechenland. Der Oberbefehlshaber der alliierten Besatzungstruppen hat den irregulären und den französischen Truppen den Be-

griffen, den Beginn von Verhandlungen zu befragen und nur einem etwaigen Vorschlag der Griechen auf Konstantinopel zu widerlegen.

# Jean Jaures.

Am 31. Juli 1914 wurde Jean Jaures in Paris ermordet. Zahlreich war dieser Mann, dessen Einfluß weit über die von ihm geführte Sozialistische Partei hinausreichte, von den ehrlichen Demokraten aller Länder als der Genius des modernen, freiheitlichen Frankreichs verehrt worden. Er war ein gewaltiger Redner, eine Führerpersönlichkeit von Weisheit und Entschlossenheit und darüber hinaus ein edler Mensch, dessen hohe Sittlichkeit Millionen Mut und Begeisterung einflößte. Als damals bekannt geworden war, daß gerade diejenige maurinistische Mörderbande zum Opfer auserwählt hatte, da suchte man, was die nächsten Tage bringen würden. Der Abokat der Menschlichkeit, der unerfunden seinen Leib zwischen zwei perfide aufgekochte Nationen gesteckt hat, war gefallen. Die Kugel, die Jean Jaures getroffen hatte, war die Eröffnung des Weltkrieges.

Die Proklamierung des argentinischen Präsidenten. Auf dem argentinischen außerordentlichen Kongress wurde de Alvear zum Präsidenten der Republik und Cipriano Gonzales zum Vizepräsidenten proklamiert. Alvear hat den argentinischen Botschafter in Washington, dem Präsidenten Harding seinen Dank für die freundliche Einladung nach Washington zu übermitteln. Er sei aber aus Mangel an Zeit verhindert, die Einladung anzunehmen.

# Mordfalle Rathenau.

## Verhandlung im September.

Das Polizeipräsidium teilt durch WTB mit: Zeitungen berichten, daß die Verhandlungen in der Mordfalle Rathenau im Oktober vor dem Staatsgerichtshof stattfinden wird. Diese Mitteilung ist irrig. Gegenwärtig ist der Staatsgerichtshof eingeleitete Untersuchungsrichter mit der Bearbeitung der Angelegenheit beschäftigt. Wenn sich auch noch kein genauer Termin für die Hauptverhandlung bestimmen läßt, so wird man mit Sicherheit damit rechnen können, daß die Verhandlung bereits im September stattfinden wird. Der von der Berliner politischen Polizei wegen Vergünstigung der Rathenau-Mörder festgenommene Mörder der Burg Societ, Schriftsteller Dr. Stein, sowie der ebenfalls wegen Vergünstigung von der Berliner Polizei festgenommene Kapitänleutnant a. D. Wolfgang Dietrich aus Erfurt sind nicht zum Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofes, sondern zum hiesigen Berliner Amtsrichter auf freier Fuß entlassen worden. Der Oberstaatsanwalt hat sofort, als er von dieser Freilassung Kenntnis erhielt, die neuerliche Festnahme von Dr. Stein und Dietrich angeordnet. Daraufhin ist Dr. Stein, der sich noch in Berlin aufhält, am Freitag, dem 28. Juli, von der Berliner Polizei wiederum festgenommen worden.

# „Völkische Freiheitspartei“?

## Die Spaltung der Deutschnationalen.

Von den Beschlüssen in der deutschnationalen Partei ist es nach außen hin nicht bekannt geworden. Die Bayernkriege hat das Interesse von ihnen abgelenkt und durch die Unterdrückung des Volks-Staates, die auf Beirathen maßgebender Parteikreise erfolgte, ist die wichtigste Nachrichtenquelle verstopft. Hinter den Kulissen wird dafür desto eifriger gearbeitet. Es sind nämlich Bestrebungen im Gange, die völkische Gruppe unter dem Namen einer „Völkischen Freiheitspartei“ als parlamentarische Partei zu konstituieren. Unvorbereitet sollte die Entscheidung auf dem deutschnationalen Parteitag im September verabschiedet werden, wo man den Ausschluß von Diringer, Kautz, Hupferberg usw. aus der Partei verlangen, andererseits die Konsequenzen ziehen wollte. Durch den Ausschluß Henning aus der Partei und den ihm folgenden Austritt Wulles und v. Grafes ist die Sachlage verwickelt worden, und dadurch sind die Bestrebungen nach Gründung einer eigenen Partei in ein schwierigeres Tempo geraten. Wie der Ungelegenheit einer Parteigründung ist auch Ludendorff befaßt, dessen Verhimmelung von der deutschnationalen Presse längst eingeleitet worden ist. Henning soll gerade noch aufgenommen werden, obwohl auch gewisse völkische Kreise

ist ihm eine zu starke Belastung zugehen. Als die verurteilten Führer der neuen Partei werden die Abgg. Wille und v. Graf betrachtet.

Machen wir uns also darauf gefaßt, auf dem nächst deutschen Parteitag auf den Ruf zu hören: „Der Feind steht rechts!“

# Wulle kommt wieder.

Das „Deutsche Abendblatt“ hat inzwischen eine andere Druckerei gefunden, in der es von nun ab hergestellt wird. Die Differenzen mit der Druckerei der „Deutschen Tageszeitung“ waren dadurch entstanden, daß das „Deutsche Abendblatt“ bereits einen ziemlich hohen Kredit in Anspruch genommen hat und die Druckerei der „Deutschen Tageszeitung“ sich weigert, den Kredit noch weiter zu erhöhen, nachdem so heftige Angriffe durch das „Deutsche Abendblatt“ gegen die „Deutsche Tageszeitung“ und die Deutschnationale Partei im allgemeinen folgt waren.

# Kein deutsches Ueberfliegungsverbot.

In den letzten Tagen waren Meldungen verbreitet worden, wonach die Reichsregierung anderen Regierungen ein Verbot des Ueberfliegens deutschen Reichsgebietes zur Kenntnis gebracht habe. In Wahrheit hat die Reichsregierung an die Entente nicht angehörenden Staaten eine Note gerichtet, in der darauf hingewiesen wird, daß Deutschland jetzt wieder Flugzeuge bauen darf, dabei aber gewisse technische Bedingungen innehalten muß, da sie sonst von der Entente als verbotenes Kriegsgerät betrachtet werden. Da nun auch die Einfuhr von Kriegsgeschützen nach Deutschland verboten ist, so werden die Regierungen ersucht, dafür zu sorgen, daß aus ihren Ländern nur solche Flugzeuge nach Deutschland fliegen, die den erwähnten Bedingungen entsprechen. Es sollen dadurch Schwierigkeiten mit der Entente vermieden werden und die Note empfiehlt daher auch, daß Flugzeugen eine amtliche Bescheinigung mitzugeben, daß jenen Bedingungen entsprechen. Die Entente ist ja nach dem von ihr diktierten „Recht“ an Bedingungen nicht gebunden.

# Waffenfunde in Berlin-Lichterfelde.

Amlich wird von der Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums mitgeteilt: Beamte der Berliner politischen Polizei haben in den letzten Tagen in Berlin mehrere Waffenlager beschlagnahmt. So Lichterfelde in der Villa des Direktor Doneder, wo im Durchschnitt drei Maschinengewehre (ein leichtes und zwei schwere) zwei Maschinenpistolen, 120 Gewehre, mehrere Pistolen, Handgranaten, Stahlhelme, Seitengewehre und zahlreiche Munition gefunden wurden. Nach den bisherigen Feststellungen handelt es sich hierbei um Waffenbestände der früheren Lichterfelder Einwohnerwehr.

Die Lichterfelder Einwohnerwehr, zum mindesten ein Teil ihrer Mitglieder, unter Führung eines gewissen Leutnant Siegler Schmidt hat schon verschiedentlich eine üble politische Rolle spielen versucht. Siegler Schmidt soll überdies Lehrer an der je staatlichen Bildungsanstalt — Kadettenanstalt — Lichterfelde sein. Unter ihm befam die Einwohnerwehr während der Kap-Tage bedenkliche Verbindung mit der Ehrhardt-Brigade. Schon damals wurden der Einwohnerwehrleitung die verschiedensten Waffenlieferungen nachgewiesen. Später lieferte man einen Teil der Waffen gegen Belohnung ab. Eine genaue Kontrolle blieb aber unmöglich, weil Siegler Schmidt die Waffenlisten verschwinden ließ.

Bei dem Schankwirt Witzke, Berlin N., Hochstraße, ist in der Regelbahn ein dort eingemauertes Waffen- und Sprengstofflager beschlagnahmt worden, und zwar 20—25 Kilogramm Sprengstoffladung, 400 Meter Zündschnur, drei Maschinenpistolen, acht Gewehre, vier Karabiner, 40 Handgranaten sowie Munition. Witzke ist kommunistischer Bezirksverwalter des Bezirkes Wedding.

Am diesem Sprengstofflager sieht man, welche Auswirkungen die deutschnationalistische Propaganda und die in jenen Kreisen gepflegte heimliche Rüstung gegen den inneren Feind hat. Auf linksradikaler Seite werden so von verdorbenen Köpfen auf Waffen gesammelt; auf diese Weise breitet sich die Mordatmosphäre immer von neuem aus.

# Lübecker Marzipan.

Von  
J g e l

Wegen Raummangels konnte dieser Igel-Brief am Sonnabend nicht erscheinen. Igel kehrt mit betonen das ausdrücklich, ist an dieser Stelle unerschütterlich.

In den vier Jahren des vorigen Jahrhunderts wurde überall in Deutschland ein Buch gelesen und empfohlen: Rastigall. In Afrika. Ob ich den Titel richtig behalten habe, erkenne mir zweifelhaft. Ganz dicht hinter der Schwelle meines Bewusstseins lauert noch zwei andere Titel, die das Buch auch gelehrt haben: Im dunklen Erdteil und Im Sudan. Aber das ist ja gleichgültig. Auf den Inhalt kommt es an. Und der steht an einer Stelle ganz deutlich vor dem rückwärtigen Auge meines Erinnerung.

Die Iden und die Tarets, nebenebei prägt auch gute alte Bekannte aus Karl May's „Durch die Wüste“, sind Beduinennämme, die sich nach Rastigall keines sehr guten Bekanntheit erheben. Araber, Sackler und Lügen soll ihre liebste Beschäftigung sein; sie unterscheiden sich nur dadurch, daß die einen noch schäme-ter sind als die anderen.

Viele Wüstenjäger schließen nun von sich auf andere. Das heißt, sie halten ihre Wüstenjäger für einen Räuber und Verräther. Und sie haben infolgedessen gute Gründe zu einem gewaltigen Mißtrauen gegen jeden Mann. Begegnet einem von ihnen irgendwo in der weiten Wüste der Sahara ein Fremder, sei es ein echter Wüstenjäger, sei es ein ungeringerer Forschungs- oder Handlungserfinder, aber sei es auch ein Salonstutzer, so befragen und beirathen sie ihn auf das eindringlichste von allen Seiten. Dies geht nach genau festgelegten Formalitäten und Gewohnheiten, je nachdem nach einem bestimmten Ritus, vor sich. Und diesen Ritus beschreibt der genannte Rastigall ausführlich.

Zwei Wüstenjäger begegnen sich, zu Pferde oder zu Kamel oder auf 2 Fuß. In einem Augenblick von zwei spanig Schrit-

ten keihen sie stehen; heben ihre Lanze in den heißen Wüstenland und hoch zu Geben. Ich kann mir vorstellen. Wie Känguruhs hopen sie denn, ich immer noch anblühend, einander näher. Zwischen den einzelnen Schritten wechseln sie Fragen und Antworten aus. Jeder weiß, daß er ebenso viel Lügen als Antworten zu hören bekommt. Aber die Form wird trotzdem gewahrt; immer näher heben sie sich. In Schrittmäße angelangt, verharren sie mehrere Minuten in Höflichkeit, etwas höher als ein Schneider sitzend, und besprechen und bereden sich gegenseitig mit halbuntenen und halbverstehten Höflichkeit. Und wieder vergeht eine Weile. Endlich lächeln sie einen Handdruck; sie kommen „zur Sache“.

Was ist hier das alles erzählt? Das hat doch mit Lübecker nichts zu tun? Doch! Ich will erklären.

Wie. Seitdem die Elektrische wieder fährt, habe ich meine Kräfte nach der Umgegend ausgegeben. Ich bleibe wieder im Schatten der Marktenten. Man ist in der Stadt genau so schön als draußen in Nieschdorf oder Schwarzwald, wo die Mäden einen jeden höchsten Gedanken wegtragen. Und da besuche ich diese und jene Wüstenjäger.

Am Donnerstag war's. Auf dem Nebentisch stand eine Schatzkammer aus Glas. Um den Tisch saßen sechs oder sieben junge Herren. Einige hatten Messerhüte im Gesicht, zwei trugen ein Monokel, der eine hatte sogar etwas Flaum unter der Nase. Alle aber verfielen über einen sorgfältig gezogenen und geschliffenen Scheitel.

Ich schaute ihnen zu. Jetzt ging ein Kind durch alle. Einer hatte zum Glas gegriffen. Mit einem Knack stand er auf, starrten Blickes einen anderen blickend. Der Angefaßte machte dasselbe. Mit einem zweiten Knack rief der erste das Bierglas in Brusthöhe. Der andere machte dasselbe. Dann murmelte der erste mit gehobtem Kopf eine Schür von Worten. Der andere tat dasselbe. Dann rebete der erste aufs neue in hohlem Gesapfel. Der andere ebendies. Dann hob der erste das Glas zum Mund. Der andere begleichen. Dann trank der erste in kräftigen „Kuhhluden“. Der andere auch.

Nach geiziger Arbeit spielte sich der gleiche Ritus noch einmal abwärts ab. Und endlich, endlich wurden sie fertig. Der Herr war sich allmählich — alle anderen haben sich harten

Blickes und andachtsvoll an der Zeremonie beteiligt. Was man vor sich gegangen? Ein zwanzigjähriger Jüngling hatte auf das Wohl eines anderen ebenso alten eine „Blume“ getrunken.

Ich schaute und dachte nach. Und sah im Geiste die beiden Wüstenjäger sich begrüßen. Wie wenig die Sitten und Gebräuche bei den verschiedenen Völkern doch verschieden sind!

Dann schaute ich die sieben Jünglinge nochmals an. Da sah ich hinter ihnen einen Spiegel und sah mich. Oh je! Was fehlt da nicht alles. Kein Schnitt auf der Wange! Kein Monokel im Auge! Kein hübschgezierter Scheitel! Und der Bierkomment?

Ich bekam es mit der Scham zu tun, begabte und schlich hinter mich. Mein gewöhnliches und ungeheures Menschentum lag hinter mich verlegen nach der anderen Seite.

Nach einem kurzen Aufenthalt sonstwo, wo ich mir den gesunden Lebensmut wieder holte, kam ich nach Hause. Wenn ich nach Hause komme, schläft meine Frau meist schon. Aber so wie ein Hase, nur mit einem Auge. Mit dem andern schielt sie nach der Uhr. Ich stelle mich nun ganz harmlos und pfeife leise irgend einen militärischen Marsch, damit mein Herz klopfen nicht allzu weit zu hören ist. Alles das ist mir allmählich zu liebe Gewohnheit geworden. Aber seit dem Hochosenstreik ist alles anders.

Meine Frau fürchtet andauernd Gasvergiftungen. Hast du den Gashahn umgedreht? So fragt sie, wenn ich gute Nacht sage. Beim besten Einschlafen höre ich dann wieder die bekannte süße Stimme. Mein liebes Igelchen, schau nochmals nach den Gashähnen. Folgam stehe ich auf, prüfe alles und lege mich zufrieden wieder hin! Möglichst, mitten in der Nacht! Du, ich rieche Gas! Meine Frauen sitzt aufrecht und schnurpelt.

Ich muß nochmals aufstehen und schnurpernd durch alle Zimmer nachwandeln.

Zum dritten Male schlafe ich ein. Und ein flüher Traum gaukelt mir herrliche Zeiten vor. Der Streit auf dem Hofes ist beigelegt! Das Gas brennt wieder. Und ich habe wieder meine Nachtruhe! Auf Wiedersehen!

# Was kam der Tarifverträge.

Von M. Kanfer.

Durch die Verordnung vom 13. Dezember 1918 hat der Tarifvertrag zum ersten Male eine rechtliche Grundlage erhalten. Die bis dahin strittig gewesene Frage, ob ein Tarifvertrag „abdingbar“ ist, wird durch diese Verordnung dahin beantwortet, daß durch den Tarifvertrag das Mindestmaß der Leistungen des Unternehmers festgelegt wird. Abweichende Vereinbarungen sind nur insoweit zulässig, als sie eine Aenderung der Arbeitsbedingungen zugunsten des Arbeitnehmers enthalten. Die Verordnung geht noch weiter, indem sie zuläßt, daß auch die am Vertrage nicht beteiligten Berufsangehörigen den Bestimmungen des Tarifvertrages unterstellt werden. Dann nämlich, wenn der Tarifvertrag für allgemein verbindlich erklärt wird. Für diese Erklärung war bisher das Reichsarbeitsministerium zuständig, seit dem 15. Juni ist diese Befugnis auf das Reichsamt für Arbeitsvermittlung übergegangen. Voraussetzung für die Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit ist, daß der Tarifvertrag in seinem Geltungsbereich überwiegend Bedeutung erlangt hat.

Der Sinn dieser Verordnung ist klar. Sie will den Abschluß von Tarifverträgen fördern und indirekt einen gewissen Druck auf die Außenseiter ausüben, sich ihren Organisationen anzuschließen. Ihre Eigenschaft als Außenseiter schützt sie unter Umständen nicht davor, daß sie dem Tarifvertrag unterstellt werden, an dessen Abschluß sie sich nicht beteiligt und auf dessen Gestaltung sie keinen Einfluß ausgeübt haben. Die Hoffnungen, die man auf die Wirkung der Allgemeinverbindlichkeit gesetzt hat, werden aber durch die Art, wie dieses Recht von den Behörden gehandhabt wird, stark herabgemindert. Daß der Weg zur Erlangung der Allgemeinverbindlichkeit sehr langwierig ist und das Ziel mitunter erst dann erreicht wird, wenn der Tarifvertrag abgelaufen oder seinem Ablauf nahe ist, ist dabei noch nicht das Ausschlaggebende; es soll auch nur nebenbei erwähnt werden. Wichtiger ist die zarte Rücksichtnahme der zuständigen Behörde auf die Gefühle der Außenseiter. Dazu kommt weiter, daß das Reichsarbeitsministerium bzw. das Reichsamt für Arbeitsvermittlung sich durch die bei der Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit geübte Praxis der Fortbildung des Arbeitsrechts durch den Tarifvertrag hindern in den Weg stellt. Das Ergebnis ist, daß der Gewinn, den die Vertragsparteien davon haben, daß sie nach vielen Mühen die Allgemeinverbindlichkeit erlangt haben, sehr problematisch ist. Praktisch liegen die Dinge so, daß, wenn eine Gewerkschaft stark genug ist, die Anerkennung der Vertragsbestimmungen durch alle Unternehmer zu erzwingen, sie auf die Umstände des der Allgemeinverbindlichkeit vorausgehenden Verfahrens verzichten kann. Reicht ihre Kraft dazu nicht aus, dann nützt ihnen auch die Allgemeinverbindlichkeit nichts, vorausgesetzt, daß sie überhaupt erlangt wird.

Sehr lehrreich sind in dieser Hinsicht die Erfahrungen, die bei dem Verfahren auf Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit des Reichsmantelvertrages für das deutsche Holzgewerbe gesammelt wurden. Von Beginn des Jahres 1921 ab wurde länger als ein halbes Jahr über den Vertrag verhandelt. Von den sehr zahlreichen Unternehmerverbänden in der Holzindustrie haben ihn die maßgebendsten sofort unterschrieben. Diejenigen, die sich weigerten, zu ihnen gehörten u. a. auch die Berliner, wurden, zum Teil durch umfangreiche Kämpfe, zur Anerkennung gezwungen. Der Deutsche Holzarbeiterverband hat sich die Durchführung des Reichsmantelvertrages viele Millionen kosten lassen, aber er hat es erreicht. Als Anfang Dezember der Antrag auf Allgemeinverbindlichkeit an das Reichsarbeitsministerium gestellt wurde, war der Vertrag tatsächlich im ganzen Reiche durchgeführt.

Nun begann das umständliche Verfahren des Nachweises der „überwiegenden Bedeutung“. Da einige Unternehmerverbände, die durch Streik zur Anerkennung gezwungen worden waren, daneben aber auch die preussische Landesregierung, Einspruch erhoben hatten, fanden wiederholt Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium statt, die schließlich dazu führten, daß die überwiegende Bedeutung anerkannt wurde. Gelegentlich dieser Verhandlungen erfuhren die Parteivertreter, daß sich das Reichsarbeitsministerium bei der Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit von gewissen Grundfragen leiten läßt, die dazu führen können, daß einige Vertragsbestimmungen von der Allgemeinverbindlichkeit ausgenommen werden. Das ist denn auch in der Tat geschehen.

Am 3. Juli erhielt der Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes vom Präsidenten des Reichsamtes für Ar-

beitsvermittlung die Mitteilung, daß der Reichsmantelvertrag für das deutsche Holzgewerbe mit Wirkung vom 1. April 1922 für allgemeinverbindlich erklärt und am 30. Juni in das Tarifregister eingetragen wurde. Eine Reihe von Paragraphen des Vertrages sind aber von der Allgemeinverbindlichkeit ausgenommen. Eine Begründung über diese Entscheidung nicht beigegeben. Man erkennt aber die leitenden Gedanken, wenn man die betreffenden Bestimmungen betrachtet und dabei das berücksichtigt, was den Vertretern der Parteien gelegentlich der Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium eröffnet wurde.

Der eine Grundsatz des Reichsarbeitsministeriums (man kann ruhig von diesem sprechen, denn das Reichsamt für Arbeitsvermittlung hat offenbar nur den bereits im Arbeitsministerium gefassten Beschluß ausgeführt) geht dahin, nicht zuzulassen, daß Außenseiter unter die Gerichtsbarkeit der Vertragsparteien gestellt oder gezwungen werden, Einrichtungen zu benutzen, über welche die Vertragsparteien verfügen. Dementsprechend sind nicht nur die Bestimmungen über die Benutzung des Arbeitsnachweises von der Allgemeinverbindlichkeit ausgenommen, weil in erster Linie die Schaffung paritätischer Arbeitsnachweise vorgeschrieben ist, auch sämtliche Bestimmungen über die Behandlung von Streitigkeiten haben das gleiche Schicksal erfahren. Im Vertrage ist vorgeschrieben, daß an gefährlichen Maschinen nicht im Afford gearbeitet werden darf, und daß Frauen und Jugendliche an solchen Maschinen nicht beschäftigt werden dürfen. Diese Vorschriften sind allgemeinverbindlich. In beiden Fällen folgt aber im Vertrag ein zweiter Satz, der besagt, daß im Zweifelsfalle die Vertragsinstanzen festzustellen haben, ob eine Maschine als ungefährlich zu betrachten ist. Dieser zweite Satz ist von der Allgemeinverbindlichkeit ausgenommen. Solche Rücksichtnahme auf die Gefühle der Außenseiter ist rührend, zumal sie das Reichsarbeitsministerium, wie in dem letzterwähnten Fall, so weit treibt, daß sie die Spottlust geradezu herausfordert.

Erster zu nehmen ist der andere Grundsatz des Reichsarbeitsministeriums, vertragliche Bestimmungen, die weiter gehen als gesetzliche Vorschriften, von der Allgemeinverbindlichkeit auszunehmen. Der Vertrag bestimmt, daß die Arbeitszeit täglich acht, wöchentlich 48 Stunden beträgt. In einer Reihe namentlich ausgeführter Orte ist sie aber auf 46 bzw. 47 Stunden festgesetzt. Dieses Kapitel über die Arbeitszeit ist von der Allgemeinverbindlichkeit ausgenommen und ebenso das folgende Kapitel, das von den Überstunden handelt und vorschreibt, daß über ihre Notwendigkeit der Arbeitgeber in Gemeinschaft mit der Betriebsvertretung entscheidet. Wenn länger als eine Woche hindurch Überstunden geleistet werden sollen, dann ist die Entscheidung der Schlichtungskommission anzurufen. Mit dem Abschluß dieser Bestimmungen von der Allgemeinverbindlichkeit läßt das Reichsarbeitsministerium erkennen, daß es ihm nicht gefällt, daß eine kürzere als die 48stündige Arbeitszeit vertraglich vereinbart wird.

Es kommt aber noch schöner. In der Holzindustrie gibt es noch sehr viele Kleinbetriebe, und im Vertragswesen in der Holzindustrie ist schon lange der Arbeitsausfluß vorgesehen, an dessen Stelle in den kleineren Betrieben der Vertrauensmann der Arbeiter tritt. Später wurde das Betriebsrätegesetz geschaffen, das den Arbeitern eine gesetzliche Vertretung sichert, aber für die kleinen Betriebe eine solche nicht vorsieht. Um diese Lücke auszufüllen, ist im Vertrage vorgesehen, daß in Betrieben ohne gesetzliche Arbeitervertretung der Betriebsvertrauensmann ähnliche Funktionen und Rechte hat, wie der gesetzliche Betriebsobmann. Diese Pflichten und Rechte sind im Vertrage näher umschrieben. Das Reichsarbeitsministerium hat alle Bestimmungen über den Betriebsvertrauensmann von der Allgemeinverbindlichkeit ausgenommen!

Diese Entscheidungen verdienen nur insofern Beachtung, als sie zeigen, unter welchen Gesichtspunkten das Reichsarbeitsministerium bzw. das Reichsamt für Arbeitsvermittlung seine Befugnis, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären, ausübt. Im vorliegenden Falle haben ja die Ausnahmen, die von der Allgemeinverbindlichkeit gemacht wurden, keine praktische Bedeutung, denn der Deutsche Holzarbeiterverband sorgt schon dafür, daß der Vertrag durchgeführt wird, gleichviel ob er das Mandat des Reichsarbeitsministeriums hat oder nicht. Aber die Arbeitervertreter im Reichstag sollten sich für diese Dinge interessieren. Sie sollten auch nicht abwarten, bis diese Materie eine gesetzliche Regelung erfährt, sondern darauf dringen, daß die Grundzüge, die jetzt bei der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen maßgebend sind, recht bald einer gründlichen Prüfung unterzogen werden.

## Der französische Imperialismus im Saargebiet.

(Von unserem Korrespondenten.)

Saarbrücken, 27. Juli.

Nachdem der neugewählte Landrat des Saargebietes sich nach einer stürmisch bewegten Eröffnungssitzung, in der er um die elementarsten parlamentarischen Rechte erkämpfen mußte, auf eine Woche verlagert hatte, ist er am 27. Juli erneut zusammengetreten, um zunächst seine Geschäftsordnung zu beraten.

Die einzigartigen Vorgänge, die sich bei dem nunmehr auf parlamentarischem Boden verlegten Kampf zwischen der deutschen Saarbevölkerung und der Regierungskommission als Beauftragten des französischen Imperialismus abspielten, lenken die Aufmerksamkeit in höchstem Maße auf das immer wichtiger werdende Grenzgebiet im äußersten Westen des Reiches.

Der Abschnitt 4 des Versailler Vertrages spricht dem französischen Staat das Eigentumsrecht an den Saarlohngruben zu. Wenn hätte Frankreich dieses reiche Gebiet zusammen mit Elsaß-Lothringen geschluckt. Aber da es den Alliierten denn doch nicht zu möglich erschien, eine rein deutsche Bevölkerung von 700 000 Seelen gegen ihren lebhaft bekundeten Willen Frankreich zuzurechnen, ist man in Versailles auf den Ausweg verfallen, das Saargebiet unter die Souveränität des Völkerbundes zu stellen. Nach 15 Jahren soll es über seine staatliche Zugehörigkeit in einer Volksabstimmung entscheiden.

Die von dem Völkerbund eingesetzte Regierungskommission verweigert das Land jedoch nicht, wie der Versailler Vertrag es bestimmt, als eine „Treuhandlerin“ Deutschlands, sondern als unabhängiges Gebilde des französischen Imperialismus, der sich bemüht ist, das Saargebiet in dem ihm zur Verfügung stehen-

den Zeitraum von 15 Jahren zu französisieren. Die Regierungskommission unter dem Vorsitz des französischen Verwaltungsbeamten Reult steht vollkommen unter französischem Einfluß. Nicht ein einziger Deutscher sitzt in ihr, und ihre Instruktionen und Befehlsgelder holt sie sich regelmäßig aus Paris. Die maßgebenden Beamtenstellen sind durchweg von französischen Beamten besetzt, als ob das Land schon zu Frankreich gehört. Unter offener Verletzung des Versailler Vertrages, der nur eine örtliche Gendarmerie vorsieht, hat sich der französische Militarismus im Saargebiet ausgedehnt. Bergleute, Beamte, Privatleute wurden verhaftet, ausgewiesen und sogar gefesselt über den Rhein geführt. Neben den brutalen Maßnahmen der Militärdiktatur werden die machiavellistischen Herrschaftsmittel des panem et circenses (Brot und Spiele) gehandhabt, und leider ist es den Franzosen auch gelungen, einen Teil der Beamtenschaft und einige Führer der Linkstaktikalen zu verführen.

Gleichfalls im Widerspruch mit dem Versailler Vertrag wird der Franken systematisch eingeführt. Bahn und Post sind in rückwärtsgeringer Weise für französische Zweck umgestellt, die Versicherungseinrichtungen vom Mutterland abgetrennt worden. Systematisch werden Kinder in französische Schulen gepreßt. Man versucht die einzelnen Bevölkerungsschichten gegeneinander auszuspielen, indem man Saareinwohner und Nichtsaareinwohner Saargeborene und Zugelaufene geschaffen hat. Neu hinzugekommene Franzosen erhalten die mit der Saareinwohnerschaft verbundenen politischen Rechte schon nach kurzer Zeit, während man sie den Saardeutschen, die selbst nur für kurze Zeit fortziehen, nimmt. Ueberhaupt werden die Franzosen und Französlinge in unerhörter Weise bevorzugt. Für sie gibt es keine Wohnungsnot. Jede nur denkbare Erleichterung wird ihnen gewährt. Unausgesetzt fließt französisches Kapital in das Saargebiet, das bereits zum französischen Zollgebiet gehört.

So wird die hochkultivierte deutsche Bevölkerung des Saargebietes mit Herrschaftsmethoden beglückt, wie sie Kolonialvölkern gegenüber üblich sind. Und der Erfolg ist nicht ausgeblieben. Wohl ist ein Teil der deutschen Bevölkerung durch den hochsalutarischen Franken angegriffen und forumpfeilt. Aber die überwiegende Mehrheit empfindet abhingen sich und der Regierungskommission eine tiefe Klust und flammenden Jork über die sie rechtlos machende Fremdherrschaft.

Im Versailler Vertrag ist bestimmt, daß Gesetze und Verordnungen nur nach „Anhörung der gewählten Vertreter der Bevölkerung“ eingeführt und abgeändert werden dürfen. Da es sich nur um ein Begutachtungsrecht handelt, ist die Regierungskommission über die Beschlüsse der Kreistage und Stadtverordnetenversammlungen stets zur Tagesordnung übergegangen und hat rein diktatorisch regiert.

Die Proteststimmung gegen diesen, jedem demokratischen Empfinden hohnsprechenden Zustand, der auch im Widerspruch zum Versailler Vertrag steht, wuchs ständig und mit ihr das Verlangen der Bevölkerung, an der Verwaltung ihres Landes im Rahmen des Versailler Vertrages mitzuarbeiten. Trotz allen Sträubens mußte die Regierungskommission sich dazu herbeilassen, ein Wahlgesetz für ein Saarparlament zu verordnen, denn die Delegationen der politischen Parteien nach Genf, die die Regierungskommission als Pseudovertreter zu denuncieren versuchten, hatten zumindest wenigstens den einen Erfolg, daß der Völkerbund ein wenig nachhalf.

Mit großer Geste im Namen des „freiesten Wahlrechts“ der Welt reichte die Regierungskommission der Saarbevölkerung am 24. März dieses Jahres die Verordnung über die Wahlen zum Landesrat. Die Antwort war ein einziger Schrei der Enttäuschung. Denn was man den Saardeutschen anzubieten wagte, empfanden sie als eine glatte Verhöhnung.

Der Landesrat soll wie alle anderen Körperschaften auch bei Gestaltung des Haushaltsplanes nur eine beratende Stimme haben. Alle bisher erlassenen Gesetze und Verordnungen dürfen im Parlament nicht zur Diskussion gestellt werden, wie dem Landesrat überhaupt nicht das Recht zusteht, seine Tagesordnung selbst zu bestimmen und Initiativanträge zu stellen. Die Abgeordneten sind nicht immun, ihren Präsidenten dürfen sie nicht selbst wählen, sondern erhalten ihn von dem nicht einmal der deutschen Sprache mächtigen französischen Agenten Rau auf die Nase gesetzt. Nur auf Anordnung dieses Herrn soll der Landesrat überhaupt zusammentreten dürfen. Die Wählbarkeit ist nur auf die sogenannten Saargeborenen beschränkt, wodurch Tausende seit Jahrzehnten im Saargebiet Anfässige entrechtet und zu Bürgern zweiter Klasse degradiert werden.

Da es jedoch nicht möglich erschien, das Zustandekommen eines beratenden rechtlosen Scheinparlaments durch geschlossenen Wahlstreik überhaupt zu verhindern, haben sich die politischen Parteien gezwungen, sich an der Wahl zu beteiligen. Der 25. Juni, an dem der Landesrat gewählt wurde, war ein Tag des Gerichts! Von 30 Abgeordneten sind nur zwei gewählt worden, die als Kandidaten der Regierungskommission anzusprechen sind.

Wenn der Völkerbundsrat, in dessen Händen vorläufig das Schicksal des Saargebietes liegt, sich bisher über die wahre Stimmung der Saarbevölkerung getäuscht haben möchte, so haben die Wahlen das vor seinen Augen ausgebreitete französische Lügen-gewebe zerissen.

Indessen zeigt die Regierungskommission des Saargebietes, daß sie noch nicht gewillt ist, die Schlußfolgerungen aus dem Wahlergebnis vom 25. Juni zu ziehen. Und wenn die deutsche Bevölkerung an der Saar auch die tröstliche Gewißheit haben darf, daß es Frankreich auf die Dauer nicht gelingen kann, das Saargebiet von seinem Mutterland zu trennen, so beweist die Behandlung des Landesrats doch, daß noch schwere Kämpfe zu bestehen sein werden, bis das Unrecht an der Saar wieder gut gemacht sein wird.

## Herabsetzung der Getreideumlage.

Fehlernte in einzelnen Teilen des Westens.

Die große Trockenheit, die in den Monaten Mai, Juni und in der ersten Hälfte des Monats Juli herrschte, hat dazu geführt, daß weite Gebiete des Westens, namentlich dort, wo die flachgründigen und leichten Böden vorherrschen, eine voluminöse Fehlernte zu verzeichnen haben. Daran vermochten auch die überreichen Niederschläge in der zweiten Hälfte des Monats Juli nichts mehr zu ändern. In großen Teilen der Rheinprovinz hat die Dürre einen schweren Notstand herbeigeführt, so daß sich die Reichs- und preussische Staatsregierung veranlaßt sah, zur Linderung dieses Notstandes sehr erhebliche Mittel bereitzustellen. Auch die bayrische Pfalz ist von dem Notstand, wenn auch nicht in demselben Maße, betroffen worden.

Diese Verhältnisse mußten auch bei der Verteilung der Getreideumlage berücksichtigt werden. In dem neuen Reichsgesetz über die Regelung des Verkehrs mit Getreide ist in § 2 der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ausdrücklich ermächtigt, in Gegenden mit Mähernte die Umlagemenge herabzusetzen. Am 24. Juli ds. Js. haben, wie der amtliche Preussische Pressedienst von zuständiger Stelle erfährt, im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft Besprechungen stattgefunden, an denen die zuständigen Stellen Preußens, Bayerns und Hessens sowie der Staatssekretär für die bestetzten rheinischen Gebiete teilnahmen. Infolge dieser Besprechungen hat eine wesentliche Ermäßigung des für die preussische Rheinprovinz, die bayrische Pfalz und Rheinhesse ursprünglich festgesetzten Umlagesolls stattgefunden.

## Devisen-Kurse.

Berlin, 31. Juli.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	29. Juli.	28. Juli.
Amsterdam	100 fl.	23620.40
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	20049.90
Kristiania	100 Kr.	4089.85
Kopenhagen	100 Kr.	10486.90
Stockholm	100 Kr.	18088.65
Helsingfors	100 finn. Mk.	1151.-
Rom	100 Lire	15830.15
London	1 £	1348.15
New York	1 Doll.	1258.50
Paris	100 Frs.	1080.70
Zürich	100 Frs.	2771.50
Madrid	100 Pesetas	2307.20
Wien	100 K.	805.24
Prag	100 K.	5013.70
Budapest	100 K.	11810.45
		9887.60
		9463.15
		1.40 1/2
		1.48
		1423.20
		1170.50
		31.46
		34.55

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Weber; für Wirtschaft und Sozialwesen Hermann Bauer; für Partei- und Gewerkschaften August Schulz; für Anzeigen Paul Steinberg. Verleger: Paul Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., Halle a. S.

Am 1. August  
pünktlich 10 Uhr vormittags, eröffnen wir  
**77 Huxstraße 77**  
ein Baumwoll-,  
Manufaktur-, Kurz- und  
Wollwaren-Geschäft

Anlässlich der Eröffnung haben wir ungewöhnlich billige Preise für alle Artikel festgesetzt und sind überzeugt, Ihnen sowohl hinsichtlich der Mengenabgabe als auch der Qualitäten ein über den Mittelsdurchschnitt hinausgehendes zu bieten. Wir müssen es uns verzeihen, bei der großen Menge und der verschiedenen Qualitäten unserer Artikel, mit Einzelreisen aufzuwarten, bitten deshalb um Ihren Besuch, damit Sie durch persönliche Wahrnehmung ein unbeeinflusstes Bild gewinnen.

**J. Wilstermann & Co.**  
Huxstraße 77.

**Eimerbier.**  
Dienstag von 8-6 Uhr.  
5051) H. Bade.

**Bilanz der Rechtsprechung.**  
Von Erich Kuttner.  
M. d. L.  
Mk. 10.—  
Buchhandlung  
**Fr. Meyer & Co.**  
Johannisstr. 46.

**Steppdecken**  
Anfertigung, Aufarbeiten u. Neubezihen.  
Spathmann, Breite Str. 31  
(5049)

**Mir oder Mich?**  
Vern- und Nachschlagbuch für den Selbstunterricht in der deutschen Sprache.  
Leitfaden zum Gebrauch der Fürwörter.  
Leichtförmig dargestellt von Carl Mann, Lehrer.  
Mk. 15.00 Mk.  
Buchhlg. Fr. Meyer & Co.,  
Johannisstr. 46.

**Konsumverein**  
für Lübeck und Umgegend e. G. m. b. H.

Frühkartoffeln ab Dienstag Pfd. 4.—

**Sehr wichtig!**  
**Kartoffeln für Herbst und Winter.**

Die Erfahrungen des letzten Winters zwingen in diesem Jahre zu größter Vorsicht. Wir sind damit beschäftigt, Lieferungsverträge mit den Erzeugern abzuschließen, und ist es daher nötig, schon jetzt den Bedarf unserer Mitglieder festzustellen. Wir bitten daher, den Bedarf bis zum 10. August d. J. in unseren Abgabestellen unter Angabe der Mitgliedsnummer anzumelden.

Preise können noch nicht genannt werden, auch können wir keine bestimmten Sorten in Auftrag nehmen. Es ist aber ganz selbstverständlich, daß wir alles tun werden, um unsere Mitglieder auch in der Kartoffelbelieferung zufrieden zu stellen.

Die Lieferung wird in der Reihenfolge des Einganges der Bestellungen und nach Maßgabe des Umfangs der Bestellung durch die Erzeuger erfolgen.

Viele Mitglieder haben sich bei unserer eigenen Sparrasse ein Konto einrichten lassen, um schon jetzt die Summen zurückzulegen, die für die Kartoffelbelieferung erforderlich sind. Wir empfehlen dringend, diesem Beispiel zu folgen. Einzahlungen nehmen alle Abgabestellen entgegen. (5071)

frische Office-Bull  
billigt (5065)  
Sager, Holstenstr. 21.

**Beste Preise**  
für  
**Gold,  
Silber,  
Platin,  
Double**  
(Bruch und Gegenstände)  
**Brillanten**  
zahl (5059)  
Goldschmied  
**Carl Michaelson,**  
Mühlentstraße 3  
(am Klingenberg).

**Wilhelm Glesien  
Johanna Glesien  
geb. Hofenberg  
Bermählte.**  
Für Geschenke und Gratulationen danken herzlich  
(5062) D. D.

**Bekanntmachung.**  
Während der Brottarenausgabe vom 1. bis 11. August bleibt die Kartenausgabestelle, Breite Straße 65, für An- und Ummeldungen geschlossen. Ummeldungen finden im katholischen Gesellschaftshaus, Parade 8, in der Zeit von 8<sup>1/2</sup> bis 2 Uhr statt.  
5058) Das Landesverorgungsamt.

Die glückliche Geburt eines gesunden Sonntags-Mädels zeigen hocherfreut an (5078)  
**Carl Nicol u. Frau**  
Minna geb. Linde.  
z. Zt. Privat-Klinik,  
90. 7. 22. Moltkestr. 18a.

**Einige erholungsbedürftige, schulpflichtige Mädchen**  
können mit noch Salein, Pensionspreis Mk. 45.— pro Tag, Anmeldung  
5047) Zentrale für private Fürsorge,  
Johannisstr. 47/49.

**Zentrale für private Fürsorge**  
Johannisstraße 47/49.  
**Abt. Handarbeiten.**  
Annahme feiner Handarbeiten und wertvoller Antiquitäten fürs Ausland Montag und Donnerstag von 7<sup>1/2</sup>—4 Uhr.  
(5048) Johannisstraße 49 im Flügel.

**Mädchen**  
für leichte häusl. Arbeiten zu sofort gesucht.  
(5054) Johannisstr. 15, I.  
Gut erh. bl. Jack.-Anzug, große mittel. Figur zu verkaufen (5068)  
Blumenstraße 7, I.

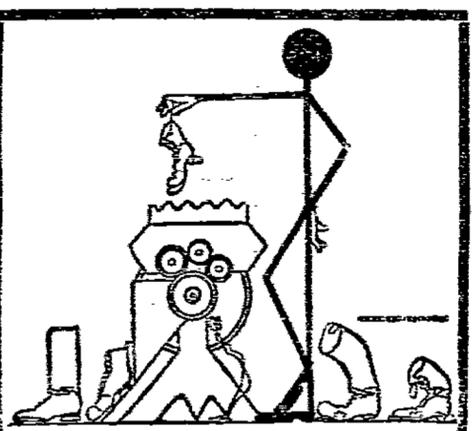
**Karl Obst**  
Am Brink 11b.  
**Haltbare Sohlen u. Absätze.**  
**Joh. Voss,**  
5049) Fleischhauerstraße 77.

Schönen-Biege zu verf. Saatenburger Allee 58a. (5077)  
Gef. gut. Herrenfahrrad u. Nähmaschine, Ang. u. A 306 an die Exp. (5068)  
Sabelhorn zu kaufen gef. Ang. u. F 372 an die Exp. (5057)

**Sprechstundenänderung:**  
Täglich 9-10 vormittags, 3<sup>1/2</sup>-5 nachmittags.  
Sonntabend nachmittags keine Sprechstunde.  
**Dr. Schmidt, Kinderarzt,**  
Beckergrube 3, Ecke Breite Str. Tel. 1594.

Anfertigung u. Damengard. irrand außer dem Hause. (5072) Reiferstraße 18.

**Beitragsmarken**  
für Vereine, Gewerkschaften  
fertigt an u. liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung  
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.  
Johannisstraße 46.



Wir sehen uns genötigt, von heute ab die Preise unserer Fabrikate zu erhöhen. Das Flaschenpland bleibt in bisheriger Höhe bestehen; fehlende Flaschen werden am Jahresabschluss zum dann gültigen Tagespreise, fehlende Leistenkästen mit 70.—Mk. pr. Kiste berechnet. (5070)

**Vereinigte Mineralwasserfabrikanten von Lübeck und Umgegend.**  
**Einkaufsgenossenschaft der Gastwirte für Lübeck und Umgegend.**

**Zahle erhöhte Preise für**  
Lumpen, Eisen, Metalle, Papier, Knochen, Felle, Tierhaare usw.  
Flaschen reelle Abnahme. (5050)  
Jeder Posten wird abgeholt. S. Kramer,  
Bei Verkauf von Metallen Krähensstr. 18.  
bitte Ausweis mitbringen.

**Klassenkämpfe**  
im alten Braunschweig.  
Soziale Bilder aus Braunschweigs Vergangenheit.  
Von Karl Zwing.  
Mk. 2.—  
Buchhandlung  
**Fr. Meyer & Co.**  
Johannisstr. 46.

**Aus der Betriebsräte-Praxis**  
1. Teil.  
Von Clemens Nörpel.  
Mk. 15.—.  
Buchhdlg. Fr. Meyer & Co.

**Bedeutend erhöhte Preise**  
erhält jeder bei reeller Abnahme für (5067)  
Lumpen, Eisen, Metalle, Papier, Flaschen usw. bei  
**Erdmann,** Glockengießerstraße 61  
Telephon 2751

**Café Astoria**  
Holstenstraße 26 5052  
**Täglich Künstler-Konzerte**  
Ausgezeichnete Getränke u. Konditorwaren

**KOLO SSEUM**  
Morgen Dienstag, den 1. August, ab 6 Uhr: (5066)  
**Garten-Konzert**  
Leitung: Kapellmeister Sulanke  
**Gr. heit. Künstler-Abend**  
mit nachfolgender Reunion unter Mitwirk. mehrerer erstkl. Künstler.

**Nähmaschinen**  
sämtl. Fabrikate repar. schnell, gut und zu soliden Preisen (5056)  
Heinr. Kruse, Mecklenburgergrube 83. F. 8508.

**Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund**  
Ortsausschub  
**Lübeck.**  
(5076)

**Schauffeller und Bodenbesitzer!**  
Mittwoch nachm. 3<sup>1/2</sup> Uhr.  
**Platzverteilung in Israelsdorf.**  
Der Festausschub.

**Trocadero.**  
Schlüsselbuden 4.  
**Wiener Süß- und Leben.**  
Beginn 8<sup>1/2</sup> Uhr.  
(5059)

**Hansatheater.**  
Abends 8 Uhr: Nur noch  
**5 Aufführungen** von der großen Operette  
**„Mara Santoro“.**  
Gäste: Willi Schenk, Kurt Dissen, Adolf Trimborn, Dir. Ernst Albert. (5064)

**Stadttheater Lübeck**  
Eröffnung der Spielzeit 1922/23. (5069)  
Dienstag, 1. Aug., Ab. A. 7<sup>1/2</sup> Uhr: Hans Heiling, Romantische Oper von Heinrich Marschner.  
Mittwoch, 2. Aug., Ab. A. 7 Uhr: Fiesko, Trauerspiel von Friedrich von Schiller.  
Donnerstag, 3. August, Ab. A. 7<sup>1/2</sup> Uhr: Orpheus und Eurydike, Oper von Chr. Gluck.

**Stadttheater Lübeck**  
Ausgabe der Abonnementskarten. Die bisher nicht abgeholten Abonnementskarten für alle Tage und alle Gruppen können am Montag, den 31. Juli in der Zeit von 3<sup>1/2</sup>-6 Uhr an der Theaterkasse, Beckergrube in Empfang genommen werden. (5065)  
Für die Dienstag-Abonnementskarten, Ausgabe am Dienstag, den 1. August, nachmittags von 3<sup>1/2</sup>-6 Uhr.  
Bauüberweisung: Sommerbank.  
Diese Karten können 3 Tage nach der Bauüberweisung in der Theaterkasse (Eingang Beckergrube) in Empfang genommen werden.

**Konsumverein**  
für Lübeck und Umgegend, e. G. m. b. H.

**Achtung! Bitte lesen!**  
Wir bringen der Bevölkerung und unseren Mitarbeitern auf  
**Wilsalmslöfn**  
zur gef. Kenntnis, daß wir am Dienstag, dem 1. August 1922, in dem Hause des Herrn Egerstedt, Schwarzenauer Allee 199,  
**die aufhündfünfzigste Wonnemobylaufhalle**  
eröffnen. — Mitglied kann jeder Mann und jede Frau werden. Wer sich an den gewinnbringenden Unternehmungen beteiligen will, wende sofort dem Konsumverein bei. Der Konsumverein ist die organisierte Selbsthilfe der Verbraucher, wirt wirtschaftlich, ist aber alle veranlassenden Zwischenhändler aus, schägt die Verbraucher vor wichtiger Ueberorientierung und erzieht als höchstes Ziel die Herbeiführung der Bedarfsdecker in eigenen Fabriken.  
Schriftliche Erklärungen und Auskünfte erfolgen in den Abgabestellen der Genossenschaft.  
(Ein Probeeinkauf ist gestattet).  
Ereignisse werden mit 1/2 Prozent vergütet.  
(5075) Der Vorstand.

**Reform-Schuhwaren-Reparatur und Stepperei**  
mit separatem Wartezimmer.  
**Spezialität:**  
**Gummisohlen und Abätze.**  
**Robert Jenken**  
Huxstraße  
50  
Januar. 2873. Februar. 2873.

**Neu erschienen!**  
Der 2. Teil  
**Aus der Betriebsrätepraxis**  
von Clemens Nörpel.  
Preis 70 Mk.  
Für alle Gewerkschaften, Betriebsräte, Betriebsräte, industrielle Betriebe, Handwerker unentbehrlich!  
Buchhandlung **Friedr. Meyer & Co.,**  
Johannisstraße 46.

## Freistaat Lübeck.

Montag, 31. Juli.

### Ja früher . . . !

Daß ein Kriminalwachmeister einen sagte wie den Dieb, weil er beim Begeisterungskleiser „Hoch der Kaiser!“ — sitzen blieb; daß die Schutzmannschaft ihn packte, bis den armen Kerl verknackte dann ein hohes Amtsgericht —: Unterm Kaiser war das nicht.

Daß der Landrat den Ranglisten aber schleunigst demunziert, weil er bei den Sozialisten eine Zeitung abonniert; daß man ihn dann rausgeschmissen und um die Pension zusammelt wie den schlimmsten Bösewicht —: Unterm Kaiser war das nicht.

Heute, was sind das für Zeiten —! Sieh mal bloß die Politik; Schuld an allen Scheußlichkeiten ist doch nur die Republik.

Wenn die Kurse unten liegen, wenn die Mädchen Kinder kriegen, wenn ein junges Pferd sich losmacht, wenn sich Frisken in die Hol' macht, gibt es irgendwo Tumult; Nur die Republik ist Schuld.

Wie es früher mal gewesen, kriegt du nirgendwo zu lesen, Und der ganze Laden spricht: „Unterm Kaiser gab's das nicht —!“

Theobald Tiger.

### Lübecker Teuerungsziffern.

Die vom Statistischen Landesamt für Monat Juli berechnete totale Teuerungszahl stellt sich auf 4607. Der Berechnung wieder die Kleinhandelspreise des vierwöchigen Bedarfs einer durchschnittlichen Familie an Nahrungsmitteln, Heizung und Beleuchtung, sowie Wohnungsmiete in der vom Statistischen Reichsamt geschätzten Art und Menge zugrunde gelegt. Die Teuerungszahl ist gegenüber dem Vormonat um weitere 964 oder 26,5 % gestiegen. Mit Ausnahme der Gemüse, die mit Zunahme des Angebots billiger zu werden pflegen, haben sich bei der Berechnung berücksichtigten Lebensbedürfnisse Preise weiter angezogen. Eine besonders starke Preissteigerung zeigte sich in der zweiten und dritten Woche. Die hauptsächlichsten Nahrungsmittel, wie Brot, Nährmittel, Fleisch, Fette, Zucker, Eier und Milch sind seit der letzten Berichtsperiode um 10 % teurer geworden. Auch die Preise für Brennstoffe stiegen weiter, und schließlich haben zur Erhöhung der Teuerungszahl noch die höheren Preise für die in zweiten Monatshälfte eingestellten jungen Kartoffeln und die Grund des Reichsmietengesetzes erhöhte Wohnungsmiete beigetragen.

Die Index- oder Maßziffer für die Lebenshaltungskosten (für Teuerungszahl von 1913/14 ist eine Indexziffer von 100 gestellt) stellte sich für

Juli	1922	auf	5721
Juni	"	"	4524
Mai	"	"	3927
April	"	"	3533
März	"	"	2897
Februar	"	"	2519
Januar	"	"	2013
Juli	1921	"	1239

Hiernach sind die bei der Berechnung berücksichtigten Arten und Mengen von Lebensbedürfnissen seit Januar d. J. fast um das Dreifache im Preise gestiegen, seit Juli vorigen Jahres fast fünfmal teurer geworden und seit der Vorkriegszeit um mehr als das 57fache in die Höhe gegangen.

## Hast Du schon

an Deine Zeitung zum 1. August gedacht? Du weißt doch, daß Tausende und aber Tausende von Klassen-Genossen sich noch in den Klauen der kapitalistischen Presse befinden, die mit den Abonnementsgeldern der Kopf- und Handarbeiterschaft dem Proletariat selbst die Kehle zuschnüren helfen! Der Monatswechsel steht vor der Tür, wieviel politisch gedankelose oder irreführende Brüder und Schwestern des mit Hirn und Hand schaffenden Volkes hast Du Deiner Zeitung schon gewonnen? Oder willst Du solange warten, bis die Presse der Mordorganisationen wieder so weit gestärkt ist, um die Stimmung für neue „Mißlungen“ unserer besten Männer schaffen zu können? Nur rücksichtsloses Bekenntnis zu Deiner Idee, zu Deiner Werkstatt, in Deinem Bureau, unter Deiner Zeitung, wo immer die Gelegenheit sich dazu bietet, verbürgen den Erfolg. Hast Du in diesem Sinne in Deiner Werkstatt, in Deinem Bureau, unter Deinen Klassen-Genossen und Freunden zum 1. August schon gewirkt für den

## Lübecker Volksboten?

### Schiedspruch im Seeschiffahrtsstreik.

Der vom Reichsarbeitsminister eingesetzte Schlichtungsausschuß unter Vorsitz des Geh. Regierungsrat Dr. Hausmann hat morgens gegen 2 Uhr einen Schiedspruch gefällt, der den Schiffsoffizieren und Ingenieuren, Heizern usw. eine Erhöhung der Steuern um 90 % auf die April-Steuer zubilligt. Die strittige Ueberstundenbezahlung soll durch ein vorläufiges Abkommen geregelt werden, bis die Vorbereitungen für eine endgültige Regelung erledigt sind. Ferner wurden die Sätze für Selbstverpflegung der Besatzungen neu festgelegt. Auch die Effektenversicherung wird von den Reedern zu neuen Beträgen übernommen. Erhöht wurden die Ausrüstungsgelder für die Besatzungen.

Nach dem Schiedspruch betragen die neuen Sätze:

Grade	Aprilsteuer		Juni	Juli	August
	a. Bauhäfen	b. Offizieren			
I. Offizier d. Decksb.	4200,—	5460,—	6300,—	7980,—	7980,—
I. Maschinist	5500,—	7150,—	8250,—	10450,—	10450,—
II. Offizier d. Decksb.	3800,—	4940,—	5700,—	6222,50	6222,50
II. Maschinist	4200,—	5480,—	6300,—	6982,50	6982,50
Bootsmann	2750,—	3575,—	4125,—	5225,—	5225,—
Zimmermann	2750,—	3575,—	4125,—	5225,—	5225,—
Matrose	2600,—	3380,—	3900,—	4940,—	4940,—
Heizer	2600,—	3380,—	3900,—	4940,—	4940,—

Ueberstundenbezahlung ab August: I. Offizier des Deckdienstes —, I. Maschinist —, II. Offizier des Deckdienstes —, II. Maschinist: Ueberstundenvergütung im Hafen für jede Einzelstunde 35 Mk., für jeden Tag in See allgemein 55 Mk., Vorkmann, Zimmermann, Matrose, Heizer: Ueberstundenvergütung 28 Mk.

Hierzu ist überall noch hinzuzurechnen der Wert der freien Unterkunft und Verpflegung, der im Schiedspruch mit 2700 Mk. monatlich angenommen ist. Ferner kommt bei Auslandsreisen das sog. „Ausrüstungsgeld“ in Goldwährung hinzu.

Von der Streikleitung der Schiffingenieure und Seemaschinisten wird uns noch folgendes geschrieben: Verschiedene den Reedern zugehörige Blätter, wie z. B. die „Lübecker Neuesten Nachrichten“ verbreiteten dieser Tage das Gerücht, der Streik der Seemaschinisten wäre durch das wohlwollende Entgegenkommen der Reederei beendet. Hier hatten aber die vorerwähnten Nachrichten verbreiter die Rechnung ohne den Wirt gemacht, denn die Abstimmung über das Angebot der Reederei ergab gerade das Gegenteil. Der Zentralverein Deutscher Reederei hatte nur für den Monat Juni 30 %, für Juli 50 % und bei Wiederaufnahme der Arbeit 75 % bewilligt. Nach der seit 2 Jahren angestrebten Ueberstundenbezahlung hatten die Reederei im Hafen und auf der See 35 Mk. vorgeschlagen. Die Annahme des Tarifs wurde abgelehnt und der Streik ging weiter. Zwei Tage später fanden erneut Verhandlungen durch das Hamburgische Arbeitsamt unter Vorsitz eines Herrn vom Reichsarbeitsministerium statt. Es wurde uns jetzt die Wiederaufnahme der Arbeit empfohlen. Als Zusatz wurden jetzt 90 % bewilligt. Noch nie ist ein Seemannsstreik so ruhig und geschloffen geführt worden, wie dieser. Mit dieser Tatsache hatten jedenfalls die Reederei nicht gerechnet. Sowie die Schiffe in den Hafen hereinkamen, wurden die Feuer ausgemacht und der leitende Maschinist hat dann den Betrieb ordnungsgemäß übergeben. Mögen auch in Zukunft die Maschinisten stets eingebend sein, daß nur eine strikte Organisation zum Ziele führt. Die Seemaschinisten werden nach der Abstimmung wohl die Arbeit wieder aufnehmen und ist damit zu rechnen, daß im Laufe des Dienstag die Schornsteine der im Lübecker Hafen liegenden Schiffe wieder qualmen.

Die Streikleitung Lübeck.

Die Ausgabe der neuen Brot-Karten, gültig vom 19. August 1922 bis 28. Februar 1923, findet in dieser Woche im katholischen Gefellenhaus, Barade 8, statt. Wer die Karten nicht rechtzeitig abholt, muß pro Person 3 Mk. Versäumnisgebühr entrichten. Deshalb nicht vergessen und die Karten sorgfältig aufbewahren, denn Ersatz für die neuen Karten gibt es nicht.

Ernährungsfrage und Preistreiber. Man schreibt uns: Vieles ist schon in bürgerlichen sowie Arbeiterzeitungen geschrieben worden über teure Lebensmittelpreise, die Not der Alten und der Kinder. Aber selten kommt man der Tatsache auf die Spur, wo die Ursache heranzuleiten ist, daß die Lebensmittelpreise so rapide anschwellen. Ich möchte nun einige Beispiele anführen, die den Weg zeigen, der zu der unerschämten, teuren Lebenshaltung führt. Schon heute faheln die Bauern von noch höheren Brotpreisen. Kartoffeln sollen voraussichtlich auf 400 bis 500 Mark kommen, trotzdem die Ernte recht gut ausfallen wird. Wo liegt denn der Hake im Pfeffer? Milch, Eier usw. gehen in die nächstgelegenen Großstädte, weil dort einige Pfennige mehr bezahlt werden. Das teure Fleisch können sich besonders die alten Rentennempfinger längst nicht mehr kaufen, aber Fische, Aale usw. sollten diese doch noch ersehen können, wo so viel gefangen wird. Auch hier hat man schon gelernt. In der Markthalle werden die Aale gegen ungeheures Gebot versteigert, worauf dann die Ware verschwindet, wohin? — ist mir kein Geheimnis. Sie gehen über Dänemark nach England. Es ist die höchste Zeit, daß die maßgebenden Körperschaften und Organisationen hier energisch und schnell einschreiten. Die Not vieler Bevölkerungsteile ist besonders groß. Etwas mehr Umsicht und Weitblick könnte nicht schaden.

Erhöhung der Renten. Vom 1. August 1922 ab werden die bisherigen Beträge von Invaliden-, Alters-, Kranken- und Witwenrenten um 200 Mk., die von Rentnern für jedes Kind um 100 Mk. erhöht. Die Aufkündigungen müssen dementsprechend höher ausgestellt werden.

## Anne Möller.

1. Roman aus Schleswig-Holstein von R. von der Sider.

7. Fortsetzung.

(Radrad verboten.)

Sie war doch wohl eine falsche Richtung gegangen. Sie ging ein, jetzt langsam und vorsichtig und horchte dabei auf jeden Schritt.

Berohingstes, abgebrochenes Vogelgezwitscher tönte an ihr, als wenn Kinder vor dem Schlafengehen noch ein paar Worte austauschten. Unten im Sumpfe quakten die Unken. Sie schritten so laut, fast heftig, als ob sie sich stritten. Wieble hörte deutlich die verschiedenen Stimmen heraus; es waren sanfte, zarte, dazwischen auch laute, scheltende.

Ueber ihr krächzte ein Raubvogel. Ob es wohl eine der verheerenden Elstern von Heisterneß war? Vielleicht war sie in Wald gelockt worden von vertriebenen Geistern, die sich rächen wollten.

Dunkler, immer dunkler wurde es, und wilde Angst ergriff sie. Alle Geipenster, von denen sie jemals gehört hatte, kamen ihr vor Augen. Hinter jedem Baum schien etwas zu lauern. Sie wollte doch lieber draußen am Waldestrand entlang gehen, er sie fand sich nicht mehr heraus.

Es wurde ihr klar, sie hatte sich geirrt, und wenn nicht ein Wunder geschah, mußte sie die ganze Nacht herumirren oder sich schlafen legen in dem hohen, harten Kraut, das hier wuchs wie ein Wald.

Feucht und kalt durchschauerte es sie. Fester nahm sie das Kraut um die Schultern. Ihre Augen starrten in das Dunkel ein; wildes Entsetzen durchschüttelte ihre Seele. Ließ da nicht Kerl mit flammenden Augen?

Einen Augenblick lang blieb sie stehen, als wäre sie hier festgewachsen; rief nicht jemand ihren Namen?

Wer sollte sie rufen? Sie träumte oder sie war schon wahnsinnig.

Zu ihren Füßen raschelte es. Mit einem Schreckensschrei sprang sie davon, fiel, sprang wieder auf die Füße und blieb stehend stehen. „Paul“, rief sie laut, „Paul“. Dann wieder fiel sie das Unsinns ihres Gebarens ein. Sie wollte ruhig sein, sie wollte ruhig sein, und wollte den Tod abwarten. Etwas Schlimmeres als der Tod konnte ihr ja nicht widerfahren.

Aber nein, sie wollte nicht sterben, nur einen Tag noch leben, nur einen Tag noch leben, nur einen Tag noch leben, daß sie ihn oft durch ihren Mund gekrächzt hatte. Weiter hatte sie nichts auf dem Herzen. Nach und nach machte sich die Erschöpfung geltend. Ihre Beine, die in niedrigen Hauschuhen steifen, schmerzten, die Beine

wurden ihr schwer. Sie konnte nicht weiter; launlos sank sie ins Gestrüpp und faltete die Hände.

Eine lange Zeit hatte sie gekauert, da hörte sie wie aus weiter Ferne ihren Namen rufen — jetzt noch einmal näher.

„Paul“, flüsterte sie — ja gewiß, sie träumte.

„Wieble!“

„Andrees!“ rief sie.

„Wieble!“ rief es ganz nahe.

„Andrees!“ Nun folgte sie dem Rufe der Stimme.

Er war es. „Gott sei Dank!“

„Ich!“

„Endlich!“

„Wie kommst Du bloß darauf, mich zu suchen?“

„Ich sah Dich sorglos gehen, und als Du nicht wiedertamst, kriegte ich es mit der Angst.“

„Ich hatte mich verlaufen. Jetzt laß uns man gehen.“

„Ja, wohin aber, ich habe die Richtung verloren; der Nebel verdeckt alles!“

„Ja, was machen wir denn?“

„Ich weiß es nicht; wir sind jedenfalls von einer menschlichen Wohnung weit entfernt.“

„Dann werden wir wohl die Nacht im Walde zubringen müssen.“

„Ja, fürchtest Du Dich auch nicht?“

„Wohin ja, aber nur nicht mehr. Zu zweien habe ich keine Angst. Ich kann auch nicht mehr weitergehen; ich bin zu müde.“

nicht schlafen. Aber schließlich übermannte ihn der Schlaf doch. Der Kopf neigte sich seitwärts, jetzt hatte er einen Stützpunkt gefunden. Er fand nicht mehr die Kraft, sich aufzurichten. Willenslos gab er sich dem Schlafe hin.

Früh, als der Tag graute, wachte Wieble auf von einem Rauschen. Ein frischer Morgenwind hatte sich aufgemacht, er hatte die Nebel zerstreut und schüttelte die Baumspitzen. Wieble hörte das Rauschen, ohne doch den Hauch des Windes zu spüren, und ihr war es, als ob ferne von ihr, jenseits des Waldes, ein Meer brandete.

Sie wollte sich erheben, aber eine kühle Feuchtkälte lag wie Blei auf ihren Gliedern.

So blieb sie liegen und horchte mit halbgeschlossenen Augen zwischen Wachen und Träumen. Einzelne frühwache Vögel jingeln am zu zwitschern. Eine Amsel sang so schön, daß sie glaubte, es wäre eine Nachtigall.

Mit Anstrengung öffnete sie die schweren Augenlider. Ihr erster Blick fiel auf die Wipfel, deren Zweige sich hoben und senkten. Sie hob den Kopf ein wenig. Eine Baumrinne vor ihr entfernte lag Andrees, den Kopf auf den hochgestemmen Arm gestützt, den Blick sorglos auf sie gerichtet. Er sah, trotzdem er im Hemdsärmeln war, hübsch und ritterlich aus.

Wieble blinnte sich um. Ihr Blick glitt von den übergrauen Ästen auf das blühende Heidekraut zu ihren Füßen. Sie sprang auf und schüttelte die Schwere und Feuchtkälte von sich ab.

„Andrees“, rief sie, „wir haben auf Blumen geschlafen, auf lauter blühenden roten Heideblumen. Wie schön ist es hier! Ich, wie schön!“

Sie blinnte um sich. Wohin sie blickte, blühte es. Sie sah vor sich blühende Wege, zu ihren Füßen ein blühendes Tal; es war alles rot von Millionen lieblichen, stummen Glöcklein.

Wie schön es hier war! Und der Himmel war blau. Sonnengold glänzte durchs Erdbüsch und lugte sich im perlenden Tau.

Wie hübsch Andrees ansah! Gar nicht wie ein Knecht, viel eher wie ein verwunschener Prinz. Er sah Paul Jensen ähnlich. Was hinderte sie, die Arme um ihn zu schlingen, ihn zu küssen und die ganze Welt zu vergessen?

Die Worte eines alten Volksliedes gingen ihr durch den Sinn: „Ich wollte vergessen die ganze Welt im blühenden Heidekraut. Doch die Glöcklein blühten viel zu rot und läuteten viel zu laut.“

Es war gut, daß ihr dieser Vers einfiel, sie hätte sonst verstanden, daß es eine Welt gab, eine herrliche, herrliche Welt. (Fortsetzung folgt.)

